

Neuener Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Belegpreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Vertriebsstelle: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenzettel 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Baukonten: Stadtparallele Neuba — Wandverein Neuba.

Nr 70

Sonnabend, den 16. Juni 1928

41. Jahrgang

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Eine Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten.
Der vom Reichspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragte sozialdemokratische Vizepräsident Müller-Franke hat seine Befehle und die Parteien fortgesetzt. In den Verhandlungen nahmen die Führer der für die Neubildung der Regierung in Aussicht genommenen Parteien teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Problem der Regierungsbildung in Preußen, auf die vor allem die Deutsche Volkspartei großen Wert legt.

Abg. Müller-Franke hat dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun den Wunsch der Deutschen Volkspartei vorgetragen. Wie es heißt, soll auch er sich für eine Umbildung der preussischen Regierung ausgesprochen haben. Dagegen lehnt der preussische Ministerpräsident Braun auf dem Standpunkt, daß die preussische Regierung es grundsätzlich ablehne, sich von den Parteien des Reichstags eine Umbildung des neuen preussischen Kabinetts vorzuschreiben zu lassen. Damit würde ein verhängnisvoller Präzedenzfall geschaffen. Etwas anderes sei es natürlich, aus staatspolitischen Gründen die Große Koalition auch in Preußen herzustellen, wozu er bereits in der Regierungserklärung auch im Landtag hingewiesen habe.

Auf Überwindung der jetzt vorliegenden Schwierigkeiten wurde es als zweckmäßiger Weg bezeichnet, wenn die Parteien des Reichstags sich mit den Fraktionen des preussischen Landtages in Verbindung setzen würden, um von den preussischen Regierungsparteien Erklärungen zu erreichen, die seinen Zweck an dem ersten Willen der preussisch engeren aufkommen lassen. Diese Schritte sind dem auch tatsächlich erfolgt und man ist, daß der erste Punkt in der Regierungsbildung des Reiches bereits überschritten ist. Die Deutsche Volkspartei wird sich, wie es heißt, mit der Erklärung zufriedengeben, daß eine Umbildung der Regierung in Preußen für den Herbst in Aussicht genommen ist.

Eine Kundgebung des Stahlhelms.

Die Bundesleitung des Stahlhelms hat eine Kundgebung erlassen. In der Kundgebung ausdrücklich, daß die zu dem Verbande gehörenden Abgeordneten der Partei der Bundesleitung folgen, d. h. sich nicht an einer Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten beteiligen. Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten, die Mitglieder des Stahlhelms sind, haben eine kurze Besprechung abgehalten, in der sie sich mit der erwähnten Kundgebung beschäftigten. Es wurde beschlossen, zunächst mit der Bundesleitung in Verbindung zu treten und den Versuch zu machen, eine Klärung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Die neuen Reichstagspräsidenten.

Kampf mit dem Stimmzettel.

(2. Sitzung.) OB. Berlin, 14. Juni.

Die Sitzung wurde wieder von dem Vizepräsidenten Graf eröffnet. Das erste Geschäft ist die Wahl des Reichstagspräsidenten und der Vizepräsidenten. Die Wahl des Reichstagspräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen. Die Wahl des Reichstagspräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen. Die Wahl des Reichstagspräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen.

Die Abstimmung ergab die Wahl des Vizepräsidenten Lohse mit 318 Stimmen. 46 Stimmen waren für den Vizepräsidenten Thälmann (komm.), 11 Stimmen auf den Vizepräsidenten Graf (Dtn.), 70 Stimmen waren unglücklich, da die Sozialdemokratische Fraktion bereits im ersten Wahlgang für den Zentrumskandidaten Graf gestimmt.

Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen. Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen.

Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen. Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen.

Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen. Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen.

Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen. Die Wahl der Vizepräsidenten wurde durch die Abgeordneten des Reichstags vorgenommen.

anderer Stelle und von anderen Schichten erarbeitet und getragen, von den Angestellten und Arbeitern und von den Bauern. Er hoffe, es werde im Laufe dieser Sitzungsperiode möglich sein, mit der

Regierung der Reparationen und mit der Klärung der Räumungsfragen die Grundlage für eine innenpolitische Konsolidierung zu gewinnen. Dann werde die Fortsetzung seiner Politik der Volkerverständigung ermöglicht werden, wozu die Wahlen die Voraussetzung geschaffen hätten. Der Präsident gedachte daran, während die Abgeordneten sich von ihren Sätzen erhoben, in der Zwischenzeit verlassenen Abgeordneten des neuen Reichstages, dankte dem Reichspräsidenten und teilte mit, daß zahlreiche Glückwünsche von Bundesbürgern beim Reichstag eingegangen seien.

Die Herren des Hauses.



Reichstagspräsident Lohse (Soz.)



1. Vizepräsident Graf (Dtn.)



2. Vizepräsident von Karhoff (D. Wp.)



3. Vizepräsident Graf (Dtn.)

Die Wahl der Vizepräsidenten.

Für den Posten des ersten Vizepräsidenten schlug dann Abg. Schulz-Blomberg (Dtn.) den Vizepräsidenten Graf vor. Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Abgelehnte Mißtrauensanträge in Preußen

(6. Sitzung.) OB. Berlin, 14. Juni.
Der Eintritt in die Tagesordnung über den Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde durch den Reichspräsidenten erklärt. Der Antrag wurde durch die Abgeordneten des Reichstags angenommen. Der Antrag wurde durch die Abgeordneten des Reichstags angenommen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Ein Abkommen mit der Völkervereinigung.
Die österreichische Regierung hat dem Nationalrat ein Abkommen mit der Völkervereinigung vorgelegt, wonach es sich um die Einführung von Flugzeugen handelt.

Die Abstimmung ergab, daß für Graf (Dtn.) 191 Stimmen, für Lohse (Soz.) 17 Stimmen, für Thälmann (komm.) 11 Stimmen abgegeben wurden. Es mußte also 214 Stimmen auf Graf und Lohse fallen, um die Wahl zu gewinnen.

Neuener Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Neuba — Bantverein Neuba.

Nr 70

Sonnabend, den 16. Juni 1928

41. Jahrgang

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Eine Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten.
Der vom Reichspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragte sozialdemokratische Vize-Ministerpräsident hat seine Vorgespräche mit den Parteien fortgesetzt. In den Verhandlungen nahmen die Führer der für die Neubildung der Regierung in Aussicht genommenen Parteien teil. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand das Problem der Regierungsbildung in Preußen, auf die vor allem die Deutsche Volkspartei großen Wert legt.

Vize-Ministerpräsident Dr. Braun den Wunsch der Deutschen Volkspartei darzulegen. Wie es heißt, soll auch er sich für eine Umbildung der preussischen Regierung ausgesprochen haben. Dagegen steht der preussische Ministerpräsident Braun auf dem Standpunkt, daß die preussische Regierung es grundsätzlich ablehne, sich von den Parteien des Reichstags eine Umbildung des neuen preussischen Kabinetts vorzuschreiben zu lassen. Damit würde ein vorläufiger voller Bescheid geschaffen. Etwas anderes sei es natürlich, aus staatspolitischen Gründen die große Koalition auch in Preußen herzustellen, worauf er bereits in der Regierungserklärung auch im Landtag hingewiesen habe.

Zur Überwindung der jetzt vorliegenden Schwierigkeiten wurde es als zweckmäßigsten Weg bezeichnet, wenn die Parteien des Reichstags sich mit den Fraktionen des Preussischen Landtages in Verbindung setzen würden, um von den preussischen Regierungsparteien Erklärungen zu erreichen, die keinen Zweifel an dem ersten Willen der preussischen Regierung aufkommen lassen. Diese Schritte sind denn auch tatsächlich erfolgt und man glaubt, daß der erste Punkt in der Neubesetzung des Reiches bereits überwunden ist. Die Deutsche Volkspartei wird sich, wie es heißt, mit der Erklärung zufriedengeben, daß eine Umbildung der Regierung in Preußen für den Herbst in Aussicht genommen ist.

Eine Rundgebung des Stahlhelms.

Die Umbesetzung des Stahlhelms hat eine Rundgebung erlitten, in der die Erwartung ausbricht, daß die zu dem Beschlusse gekommenen Abgeordneten der Parteien der Umbesetzung folgen, d. h. sich nicht an einer Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten beteiligen. Die Reichstags- und die Landtagsabgeordneten, die Mitglieder des Stahlhelms sind, haben eine kurze Besprechung abgehalten, in der sie sich mit der erwähnten Rundgebung beschäftigen. Die Beschlüsse sind demnach zunächst mit der Umbesetzung in Verbindung zu treten und den Versuch zu machen, eine Klärung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Die neuen Reichstagspräsidenten.

Kampf mit dem Stimmzettel.

(2. Sitzung.) OB. Berlin, 14. Juni.

Die Sitzung wurde wieder von dem Vizepräsidenten Dr. Graef eröffnet. Das Haus schritt sofort zur Wahl des neuen Reichstagspräsidenten über. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Vize-Ministerpräsident Dr. Braun beantragte die Wahl durch den Vizepräsidenten Dr. Graef. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Abstimmung ergab die Wahl des Vizepräsidenten Dr. Graef mit 46 Stimmen. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Abgelehnte Mißtrauensanträge in Preußen (6. Sitzung.)
Der Eintritt in die Tagesordnung gibt der beauftragte Vize-Ministerpräsident seinen Fraktionen eine Erklärung ab, in der der Wunsch zum Ausdruck kommt, daß die Erhöhung der Lohnpreise ausschließlich das Verdienst des preussischen Landtagsverdienstes betreffen soll.

Die Herren des Hauses.



Reichstagspräsident Lohse (top left), 1. Vizepräsident Graef (top right), 2. Vizepräsident von Kardorff (bottom left), 3. Vizepräsident Graf (bottom right).

Die Wahl der Vizepräsidenten.

Für den Posten des ersten Vizepräsidenten schlug dann Vize-Ministerpräsident Dr. Braun den Vizepräsidenten Dr. Graef vor. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Für den Posten des zweiten Vizepräsidenten wurde Vize-Ministerpräsident Dr. Braun der Vizepräsidenten Dr. Graef vor. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Abgelehnte Mißtrauensanträge in Preußen

Die Nationalsozialisten erklären dazu, daß sie von jeder Gelegenheit zu ihrem Rechte des Mißtrauensgebrauch machen werden. Darauf wird die Beratung der Anträge über die Bergbauverordnungen und die Stilllegung von Zechen fortgesetzt.

Aufhebung des Redeverbotes für Adolf Hitler

Die Nationalsozialisten erklären dazu, daß sie von jeder Gelegenheit zu ihrem Rechte des Mißtrauensgebrauch machen werden.

Abstimmungen über die Mißtrauensanträge.

Der kommunalistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium wird mit 222 gegen 168 Stimmen bei 33 Enthaltungen abgelehnt.

Die Regierungsbildung in Aussicht.

Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium wird mit 177 gegen 133 Stimmen bei 33 Enthaltungen abgelehnt.

Es darf auch deutsch gesprochen werden

... auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf hat einen Antrag des französischen Generalsekretärs Loubet und des belgischen Generalsekretärs Mertens über die Verneuerung der Arbeitsämter angenommen.

Österreich darf Flugzeug bauen.

Ein Abkommen mit der Vorkriegskonferenz. Die österreichische Regierung hat dem Nationalrat ein Abkommen mit der Vorkriegskonferenz vorgelegt, wonach entsprechend dem mit Deutschland abgeschlossenen Vertrag die Beschränkungen für den Bau und die Einfuhr von Flugzeugen wesentlich gemildert werden.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Hindenburgs Sommerurlaub.

Reichspräsident von Hindenburg wird am 17. August wieder zu einem mehrwöchigen Erholungsurlaub auf dem Gut der Baronin von Schiller in Dietramszell, zwischen Holzkirchen und Bad Tölz, eintreffen.

Vorkandtagung des Reichstädtetages.

Der Gesamtverband des Reichstädtetages tagt am 19. und 20. Juni in Berlin. Zur Beratung stehen u. a. wichtige Fragen der gemeindlichen Selbstverwaltung auf finanziellen Gebiet, die aktuellen Fragen der Umgestaltung der Landesreform sowie die für die Klein- und Mittelstädte besonders brennende Frage der Unterhaltung der Volkshochschulen.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.

Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet. Die Wahl wurde durch den Vizepräsidenten Dr. Graef geleitet.